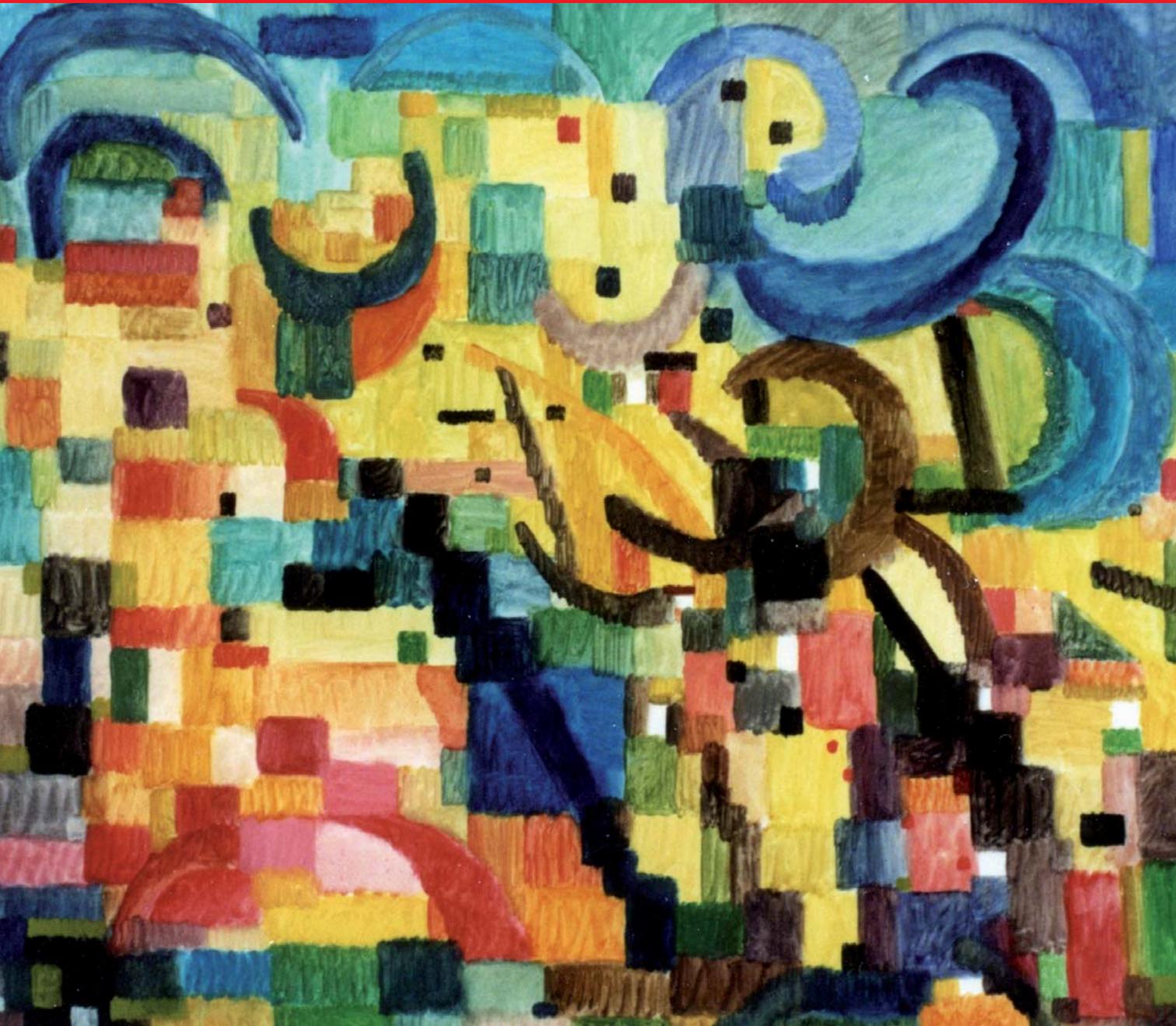


IGMmigration

RESSORT MIGRATION/INTEGRATION



Bundestagswahl 2013: Jede Stimme zählt

VIELFALT IM BETRIEB

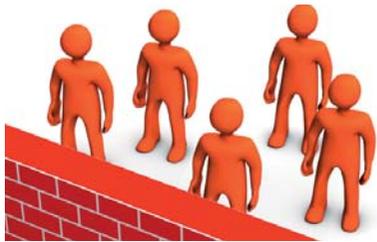
**Diversity-Tag 2013:
Zu kurz begriffen**

AUS- UND WEITERBILDUNG

**IG Metall Kampagne:
Revolution Bildung**

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

**Migration in Europa:
Vom Bürger zum Bettler**



EDITORIAL

von Christiane Benner 3

BUNDESTAGSWAHL 2013

Tag der Entscheidung 4

**„Diese Politik hat keine Zukunft“
Interview mit Günter Burkhardt (PRO ASYL)** 5

Beispielhaft: Aktionen von unten 6

VIELFALT IM BETRIEB

Diversity-Tag 2013: Zu kurz begriffen 7

Meldungen 9

AUS- UND WEITERBILDUNG

IG Metall Kampagne: Revolution Bildung 10

Berlin braucht dich! 11

Meldungen 12

RECHT UND GESETZ

Meldungen 13

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

Migration in Europa: Vom Bürger zum Bettler 14

DIE LETZTE SEITE

Klare Ansagen 16

**Titelbild von Hermann Herold, Maler,
lebt und arbeitet in Mannheim
Rhythmische Herbstlandschaft
Öl auf Leinwand 60 x 70 cm, 2008**

IMPRESSUM

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2918,
E-Mail: igm-migration@igmetall.de // Redaktion: Ressort Migration/Integration // Redaktionelle Mitarbeit: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung,
Düsseldorf, PreWiTec, Wuppertal // Gestaltung: kus-design, Mannheim // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

mit dieser Ausgabe haltet Ihr die neue **IGMigration** in den Händen. Wir haben das Magazin konzeptionell komplett überarbeitet.

Wir verbinden damit nicht mehr nur das Ziel, aus gewerkschaftlicher Perspektive regelmäßig über die Themen „Migration“ und „Integration“ zu berichten. Wir wollen vor allem die wachsende Vielfalt zeigen, in der sich diese Themen in unserem Organisationsbereich niederschlagen. Und angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Notwendigkeit, den Fachkräftebedarf zu sichern, wird es immer wichtiger, diese Themen in die strategische Personalentwicklung einzubinden.

Die neue **IGMigration** spiegelt diese Vielfalt gestalterisch und inhaltlich wider: durch ein farbenfrohes Layout, durch pointierte Berichte, Tabellen und Grafiken und durch wiederkehrende Rubriken, in denen wir über aktuelle betriebliche, rechtliche, politische sowie Fragen der Aus- und Weiterbildung informieren. Zusätzlich geben wir zielgenaue Hinweise darauf, wo weiterführende Informationen oder Ratgeber zu finden sind.

Den Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe haben wir der Bundestagswahl am 22. September 2013 gewidmet. Im Vorfeld dazu hat die IG Metall eine bisher beispiellose Beschäftigtenbefragung durchgeführt, in der mehr als 514.000 Beschäftigte ihre Ansprüche an die Arbeitswelt und die politischen Akteure formuliert haben. Ein zentrales Ergebnis dieser Umfrage war: Zwei Drittel der Befragten halten im Zuge eines politischen Kurswechsels gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern für ein „sehr wichtiges“ Handlungsfeld. (Mehr Informationen findet Ihr auf den Seiten der IG Metall im Internet)

Was wir dafür aber brauchen, sind eine neue Willkommenskultur und moderne Antworten auf die Fragen der Zuwanderung. Eine Einwanderungs- und Integrationspolitik 2.0 sozusagen. Denn Vielfalt tut gut und ist längst gelebte Wirklichkeit. Politik muss diese Vielfalt daher gestalten.

Wir sprechen uns deshalb für Mehrstaatigkeit und das kommunale Wahlrecht für alle aus, die hier dauerhaft leben. Der Optionszwang dagegen muss weg. Denn er nötigt junge Migrantinnen und Migranten, einen Teil ihrer Identität abzulegen. Dabei haben immer weniger Menschen in diesem Land ausschließlich deutsche Wurzeln.

Die Bundestagswahl am 22. September bietet eine gute Chance, dieser Überzeugung eine Stimme zu geben. Sie macht den Richtungs- und Regierungswechsel möglich. Allerdings nur dann, wenn die, die wählen dürfen, auch tatsächlich wählen gehen.

Apropos Wechsel: Mit Dušan Vesenjok haben wir einen neuen Kollegen für das Ressort Migration / Integration gewonnen. Sein Schwerpunkt wird die Umsetzung der betrieblichen Gleichstellung durch entsprechende Qualifizierungskonzepte sein. Er ist seit dem 1. August im Team – gemeinsam mit Petra Wlecklik und Christian Heide.



Foto: IG Metall

Christiane Benner, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

Christiane Benner

Tag der Entscheidung

Bei der Bundestagswahl werden wichtige Weichen für die Migrationspolitik in Deutschland gestellt. DGB, PRO ASYL, Interkultureller Rat und IG Metall mahnen eine radikale Umkehr in Asyl- und Einwanderungsfragen an.



fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Asylpolitik: Tausende Tote an den EU-Außengrenzen

Grundlegende Kritik über PRO ASYL, DGB und Interkultureller Rat auch an der Asylpolitik, die allein auf Abwehr und nicht auf Integration ausgerichtet sei. Die Folge: An den EU-Außengrenzen sterben jedes Jahr tausende Menschen. Diejenigen, die es trotz der Hürden bis nach Europa schaffen, werden in Lagern isoliert, haben keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt und erhalten keine Sprach- und Integrationskurse.

Akuter Handlungsbedarf zeigt sich zudem beim Staatsbürgerschaftsrecht. Viele junge Menschen, die als Kinder nicht-deutscher Eltern in Deutschland geboren wurden, könnten bald ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. „Die Optionspflicht ist das Relikt einer fremdenfeindlich und rassistisch geführten Wahlkampfdebatte Ende der 90er Jahre“, warnt Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rates. „Sie muss abgeschafft werden.“

Deutschland im Jahr 2013: Tausende junger Menschen laufen Gefahr, dass ihnen der Staat mit Verweis auf die „Optionspflicht“ den deutschen Pass entzieht. Das ist keine Science Fiction, sondern bittere Wirklichkeit. Und zwar eine, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Bundesregierung zu verantworten haben.

DGB, PRO ASYL und Interkultureller Rat schlagen daher Alarm. In einem Positionspapier fordern sie von der nächsten Bundesregierung einen umgehenden Politikwechsel und eine grundlegende Neuausrichtung der Einwanderungs-, Aufenthalts-

und Flüchtlingspolitik sowie die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus (→ Kasten). Auf 46 Seiten stellt das Dokument ausführlich zwanzig Forderungen an die zukünftige Bundesregierung vor.

Sorge bereitet den Organisationen vor allem die wachsende Zahl der Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. „Die Parteien müssen endlich eine Antwort geben auf die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Deutschland und der Europäischen Union“,

Die wichtigsten Forderungen im Überblick

Rassismus überwinden und Diskriminierung verhindern durch

- eine ausreichende Finanzierung von Organisationen und Projekten
- die Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
- die Nutzung aller rechtsstaatlichen Mittel im Vorgehen gegen die NPD

Einwanderung sozial und menschenwürdig gestalten durch

- den vereinfachten Zugang zum Daueraufenthalt
- die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Zuwanderung

Die „Festung Europa“ abbauen durch

- eine gefahrenfreien Einreise
- die Überarbeitung der Zuständigkeiten der EU-Länder bei Asylfragen

Das Zusammenleben von Familien sichern durch

- einen voraussetzungslosen Nachzug von Ehepartnern
- Senkung der Hürden für „sonstige Familienmitglieder“

Partizipation verbessern durch

- eine erleichterte Einbürgerung
- die Akzeptanz der Mehrstaatigkeit
- die Abschaffung des Optionszwangs
- Kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Menschen

Recherchequellen zur Bundestagswahl

- Positionspapier „Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge“ von DGB, PRO ASYL und Interkulturellem Rat: www.dgb.de/presse/++co++1096967e-d4c7-11e2-8d60-00188b4dc422
- Rechtshilfefond zum Optionszwang: www.wider-den-optionszwang.de
- Was ist eigentlich die Optionspflicht? Flyer für BR, JAVen, VL und Interessierte: igm-migration@igmetall.de
- Übersicht Wahlprogramme: www.migration-online.de/2013_wahlprogramme ■

„Diese Politik hat keine Zukunft“



Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL

Welche Erwartungen richten sich an das gemeinsame Vorgehen?

Burkhardt: Aus Sicht von PRO ASYL, dem Interkulturellen Rat und dem DGB ist eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen und der deutschen Migrations- und Flüchtlingspolitik erforderlich. Die auf Abwehr ausgerichtete Politik ist nicht zukunftsgewandt. Wir wollen ein Europa der Menschlichkeit, ein Europa, das auf den Menschenrechten basiert und nicht ein Europa der Märkte. Vor diesem Hintergrund müssen Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik zusammen betrachtet werden. Eine Aufteilung, nach der Deutschland auf der einen Seite aus ökonomischen Gründen einige wenige Zuwanderer will und auf der anderen Seite die Mauern hoch sind, um Flüchtlinge abzuwehren, ist nicht konsistent und auch nicht zukunftsgewandt. Eine solche Aufteilung wird auf Dauer nicht funktionieren.

Die IG Migration sprach mit Günter Burkhardt, dem Geschäftsführer von PRO ASYL, über das Positionspapier, das der Verein gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Interkulturellen Rat veröffentlicht hat.

Deshalb ist es sinnvoll, dass der DGB und die Gewerkschaften, denen es ja auch um die Frage der Zuwanderung und der Integration von Eingewanderten geht, sich mit einer Flüchtlingsorganisation wie PRO ASYL zusammenschließen und ein Gesamtkonzept entwickeln, wie eine Neuausrichtung der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik aussehen kann.

Wie können die beschriebenen Positionen vermittelt werden?

Burkhardt: Es kommt PRO ASYL darauf an, dass das Thema Menschenrechte auf die politische Agenda gesetzt wird. Wir rufen alle dazu auf, in die Wahlveranstaltungen zu gehen, Diskussionen mit Bundestagskandidaten zu beginnen und die Notwendigkeit einer geänderten Asyl- und Migrationspolitik deutlich zu machen. Die Bundestagswahl findet zeitgleich mit der Interkulturellen Woche statt, in der Kommunen, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften aktiv sind. Wir erwarten und hoffen, dass von sehr vielen gesellschaftlichen Gruppen der Ruf nach Veränderung an die künftigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages herangetragen wird.

Welche Erwartungen richtet PRO ASYL an Gewerkschaften in Bezug auf das Thema Migration und Flucht?

Burkhardt: Gewerkschaften haben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weit über die reine Interessensvertretung der Anliegen ihrer Mitglieder hinausgeht. Den Anspruch, die Gesellschaft mit zu gestalten, müssen wir gemeinsam umsetzen. Daher setzen wir uns gemeinsam für Rechtssicherheit und gleiche Rechte ein. Wir brauchen Gewerkschaften, die stark sind und die über das Anliegen der bei ihnen organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinaus öffentlich Position beziehen. Wir erwarten, dass sich die Gewerkschaften auch für Rechte von Flüchtlingen öffentlich stark machen. Ein Europa, das versucht, die Grenzen für die Flüchtlinge zu schließen, während es gleichzeitig weltweit Handel treibt, das weltweit Migration organisieren und auch weltweit führende Exportgemeinschaft sein will, kann nicht funktionieren. Rassismus und Ausgrenzung stehen im Widerspruch zu diesen Zielen, die öffentlich formuliert werden. ■



PRO ASYL ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die 1986 mit dem Ziel gegründet wurde, Flüchtlingen in Deutschland eine Stimme zu geben. Der Verein setzt sich für den Schutz und die Rechte verfolgter Menschen ein, begleitet Flüchtlinge in ihren Asylverfahren und leistet Einzelfallhilfe. Außerdem erstellt der Verein Recherchen über die Situation von Flüchtlingen.

Diese führten zum Beispiel 2011 dazu, dass der Europäische Gerichtshof entschied, keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland zu schicken, da die Flüchtlingslager dort vollkommen überfüllt und die Zustände unhaltbar waren.

Beispielhaft: Aktionen von unten

In vielen Verwaltungsstellen und Betrieben laufen Aktionen, um die Forderungen nach kommunalem Wahlrecht, Mehrstaatigkeit und der Abschaffung des Optionszwangs zu unterstreichen. Drei Beispiele dafür, wie Mitglieder sich in den Wahlkampf einmischen.

Flagge zeigen

Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 26. Mai: Kurz vor Schließung der Wahllokale eilen die Kandidaten und Kandidatinnen zur Auszählung ins Rathaus. Doch vor dem Eingang stellen sich ihnen drei Menschen mit Schildern entgegen. Ihre Forderung: Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige!

Das ist nur eine von vielen Aktionen, die Barbara Winkler, Vorsitzende des bezirklichen Migrationsausschusses der IG Metall Küste, angestoßen hat. Über 380 Buttons hat sie in Schleswig-Holstein verteilt, Pressemitteilungen herausgegeben und Diskussionsveranstaltungen organisiert. Ihr Tipp: „Macht das Thema sichtbar. Kommt ins Gespräch!“. Es geht nicht nur um plakative Forderungen. Wichtig ist vor allem, den Hintergrund zu verstehen und Forderungen zu diskutieren.

Erste Erfolge sind sichtbar. Auf der Delegiertenversammlung soll eine Resolution zum Kommunalwahlrecht und zur Mehrstaatigkeit eingebracht werden. Auch auf kom-

munaler Ebene kommt Bewegung ins Spiel. Migrantenforen in Flensburg, Kiel und in anderen Städten positionieren sich mit Resolutionen. Im Landtag wurde kommunales Wahlrecht debattiert. Und der Kieler Innenminister warb auf der Sitzung der Integrationsminister und -ministerinnen für Mehrstaatigkeit.

Multiplikatoren gewinnen

Auf Augenhöhe diskutieren – unter diesem Motto liefen im Vorfeld der

für ihre Veranstaltungen auf ein breites Bündnis und holten vorab die Integrationsbeauftragten und -räte mit ins Boot. So konnte ein breiter Kreis von Interessierten angesprochen werden.

Außer der CDU, die aus terminlichen Gründen in beiden Städten absagte, nahmen alle angefragten Parteien teil. Das Interesse, mit Politikern und Politikerinnen über doppelte Staatsbürgerschaft, Optionszwang und Wahlrecht zu sprechen, war groß. Über 50 Personen kamen nach Köln, in Mönchengladbach waren es 65 Interessierte, überwiegend Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren aus Vereinen und Migrantenorganisationen sowie Betriebsräte und Gewerkschafter.

Sie tragen die Ergebnisse in ihre Organisationen weiter.

„Deswegen nahmen die Bundestagskandidaten die Diskussion sehr ernst,“ zieht Erkan Zorlu Bilanz.

Kräfte bündeln

Manchmal bietet es sich auch an, gemeinsame Sache mit anderen Gewerkschaften zu machen. In Frankfurt beispielsweise bündelten IG Metall und ver.di ihre Kräfte, um eine Diskussionsveranstaltung mit den Parteien zu organisieren. Der Vorsitzende des ver.di-Migrationsausschusses, Bülent Oruc, wurde in den IG Metall Migrationsausschuss eingeladen, das weitere Vorgehen abgestimmt und die Veranstaltung auf den 12. September gelegt. „So können wir gemeinsam eine große Interessensgruppe ansprechen“, erklärt Thomas Kasper vom IG Metall Bezirk Mitte. ■

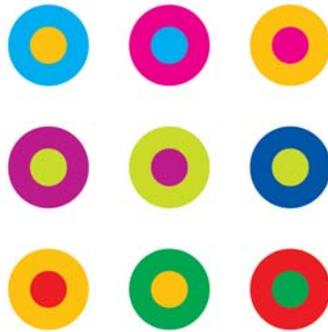


v.l.n.r.: Ana Esteban-Strube – Spanien, Ingvar Sira – Norwegen, Bobby Winker – USA

Bundestagswahl viele Diskussionen mit Bundestagskandidaten und -kandidatinnen. Etwa in Köln, Mönchengladbach und auch in Lippstadt. Erkan Zorlu, Vorsitzender des Arbeitskreises Migration Köln-Leverkusen, und Emrah Bektas, stellvertretender Leiter des Migrationsausschusses Mönchengladbach, setzten

Diversity-Tag: Zu kurz begriffen

Am 11. Juni 2013 fand der erste „Diversity-Tag“ in Deutschland mit mehr als 340 Aktionen statt. Ein Erfolg, auf dem sich nicht ausruhen lässt. Denn wer von Diversity spricht, meint noch nicht immer die Gleichbehandlung von Minderheiten.



DEUTSCHER
DIVERSITY
TAG 2013
charta der vielfalt

Der 11. Juni 2013 war ein bunter Tag der Vielfalt. Am ersten deutschen Diversity-Tag nahmen 218 Unternehmen und Institutionen mit mehr als zwei Millionen Beschäftigten teil. Sie zeigten, wie und warum gemischte Teams erfolgreich sein können. Angemeldet waren insgesamt 342 Aktionen in allen 16 Bundesländern. Das Spektrum reichte von Workshops und Konferenzen über Ausstellungen bis hin zu Straßenfesten.

Die „Charta der Vielfalt“ haben inzwischen mehr als 1.500 Unternehmen und Institutionen in Deutschland unterschrieben. Bis 2014 sollen es 2.000 sein. „Wir geben keine konkreten Maßnahmen vor, fordern aber, dass den Unterschriften auch Taten folgen“, sagt Aletta Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführerin des Trägervereins Charta der Vielfalt e.V.

In der Praxis zeigt sich allerdings ein Problem: Management und Belegschaft sprechen bei der Formulierung der Ziele nur selten die gleiche Sprache. Während die Unternehmensleitungen „Diversity Management“ meist als operatives Rezept gegen den demografischen Wandel und für die Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfs verste-



Aletta Gräfin von Hardenberg,
Geschäftsführerin Charta der Vielfalt e.V.

hen, favorisieren Gewerkschaften das Konzept der „Interkulturellen Öffnung“ als Anleitung für mehr Mitbestimmung und Gleichbehandlung im Betrieb.

„Diversity Management“ erhebt den Anspruch, alle Vielfaltsmerkmale, darunter auch Genderspekte, in den Blick zu nehmen und die damit verbundenen Betriebsprozesse über alle Hierarchieebenen „top down“ abzuarbeiten. Weil das aber

keineswegs immer gelingt, droht die Gefahr, dass am Ende nichts übrig bleibt als reine PR.

Interkulturelle Öffnung: Vielfalt als Ressource etablieren

Ziel einer „interkulturellen Öffnung“ ist es, Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe an den Prozessen, Dienstleistungen und Produkten des Unternehmens zu ermöglichen und die kulturelle Vielfalt im Unternehmen als von allen Beteiligten anerkannte Ressource zu etablieren. „Vielfalt“ bezieht dabei nicht nur die regionale Herkunft der Mitarbeitenden ein, sondern auch unterschiedliche Lebensstile und soziale Lagen, verschiedene Kommunikationsformen und Arbeitsmotivationen. Eine interkulturelle Öffnung erfordert daher immer ein Paket von Maßnahmen, das in puncto Organisations-, Personal- und Produktentwicklung sowie Aus- und Weiterbildung an den

Mehr Informationen zum Thema gibt es hier.

- IQ-Fachstelle Diversity Management: www.vielfalt-gestalten.de
- Charta der Vielfalt, 1. Deutscher Diversity-Tag: www.deutscher-diversity-tag.de
- Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) e.V. Bayern: www.via-bayern.de

jeweiligen Betrieb angepasst werden muss (→ Tabelle).

Einen guten Überblick, wie Vielfalt in Deutschland aktuell diskutiert und gelebt wird, lieferte die Konferenz „Vorteil Vielfalt. Neue Ansätze in der Personalarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“. Sie fand im Rahmen des Diversity-Tages in München statt und wurde von rund 160 Vertretern aus Wirtschaft und Politik besucht. Anders als bei Großkonzernen gibt es bei KMU zurzeit nur wenige Beispiele gelebter Vielfalt. Dabei stellen diese Unternehmen rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland.

Weniger Lohn für Menschen mit Migrationshintergrund

Dass Vielfältigkeitskonzepte Vorteile für Unternehmen bieten, war unter den Podiumsteilnehmern unumstritten. Dabei standen die betriebswirtschaftliche Perspektive und die Sicherung des Fachkräftebedarfs im

Vordergrund. Zudem wurden Praxisbeispiele, Weiterbildungsangebote und Werkzeuge zum Thema vorgestellt. Als zu „soft“ und damit weniger relevant für die betriebliche Nutzung wurden die Ideen der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung abgetan, die mit ihrem Diversity-Verständnis seit den 1950er Jahren vor allem für soziale und demokratische Ziele kämpft. In München wurden daher nur die bunten Blüten einer attraktiven Blume gegossen, nicht aber ihre Wurzeln.

Dabei muss allen Beteiligten klar sein: Wer Vielfalt im Betrieb mit Leben füllen will, benötigt einen langen Atem. Dazu gehört, auf allen Ebenen zu informieren und zu sensibilisieren. Und dazu gehört auch, sich Widerständen zu stellen und um personelle und finanzielle Ressourcen zu kämpfen. Darauf wies in München Christine Lüders, die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, hin. Sie zitierte in die-



Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

sem Zusammenhang eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Die Studie zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund im Durchschnitt bis zu 16,5 Prozent weniger verdienen als solche ohne Migrationshintergrund. „Mit Einzelfällen“, sagte Lüders, „lässt sich diese strukturelle Diskriminierung nicht erklären.“ ■

Interkulturelle Öffnung contra Diversity Management: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Konzept	Interkulturelle Öffnung	Diversity Management
Herkunft	• Soziale Arbeit	• Human Resources Management
Funktion / Zweck	• Soziale Gerechtigkeit	• Wertschöpfung, Erfolg des Unternehmens
	• Gleichbehandlung von Minderheiten	• Gewinnerzielung
	• Gleichberechtigte Teilhabe	• Erreichung von Wettbewerbsvorteilen
	• Gestaltung von Vielfalt als Zweck	• Gesellschaftliche Verantwortung
Dimensionen	• Alter, Geschlecht, Ethnie, Behinderung, sexuelle Orientierung, religiöses Bekenntnis	• Alter, Geschlecht, Ethnie, Behinderung, sexuelle Orientierung, religiöses Bekenntnis
	• Unterschiedliche Lebenslagen, subkulturelle Differenzierungen, urbanes bzw. ländliches Milieu	• Einkommen, beruflicher Werdegang, geografischer Standort, Familienstand, Ausbildung
Ziele	• Veränderung von Gesellschaft	• Positionierung am Markt
	• Anerkennung von Gleichheit und Verschiedenheit nach innen und außen	• Anerkennung und optimale Nutzung vorhandener Diversität
	• Verhinderung von Diskriminierung am Arbeitsplatz	• Verhinderung von Diskriminierung am Arbeitsplatz
Zielgruppen	• Mitarbeiter/-innen • Nutzer/-innen	• Mitarbeiter/-innen • Kunden/Kundinnen

Quelle: Handschuck, Sabine / Schröder, Hubertus: „Interkulturelle Orientierung und Öffnung“, 2012

MELDUNGEN

++ IG METALL UND VIelfALT — Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft, hat sich in seinem Juni-Newsletter dem Thema „Diversity in Unternehmen“ gewidmet. Dort ist u.a. zu lesen, wie die IG Metall mit diesem Thema umgeht. Autorinnen des Beitrags sind Petra Wlecklik und Sissi Banos. Beide sind beim Vorstand der IG Metall beschäftigt. Der Beitrag stellt ausgehend von der Zukunftsdebatte der IG Metall vor gut zehn Jahren Entwicklungen in den Bereichen Gender Mainstreaming, Jugend und kulturelle Vielfalt sowie die Rolle der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dar. Mehr Infos unter: www.b-b-e.de/?id=14930

++ SONDERPROGRAMM — Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU) aufgelegt. Es läuft bis 2016 und soll Hemmnisse abbauen, die in der Praxis häufig die Mobilität Jugendlicher und junger Erwachsener aus anderen EU-Staaten in den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt beeinträchtigen. Die Sprachförderung im Herkunftsland und in Deutschland ist daher ein Schwerpunkt des Programms (→ Tabelle). Mehr Infos unter: www.arbeitsagentur.de

++ VIelfALTfinder — Expertinnen und Experten aus verschiedensten Fachgebieten können in der neuen Datenbank „Vielfaltfinder“ gesucht und gefunden werden. Sie alle eint der Migrationshintergrund. In der deutschen Medien- und Konferenzlandschaft werden Menschen mit Migrationshintergrund häufig nicht berücksichtigt, begründen die Macher des Vielfaltfinders ihr Projekt.

Mit der Datenbank sollen ausgewiesene Fachleute aller Wissensgebiete mit Migrationshintergrund an Institutionen und an Medienschaffende vermittelt werden. Der Vielfaltfinder wurde initiiert von Neue Deutsche Medienmacher, Deutsch Plus und Forum der Brückenbauer. Mehr Infos unter: www.vielfaltfinder.de



++ INTERKULTURELLE WOCHE — Die Interkulturelle Woche findet in diesem Jahr bundesweit unter dem Motto „Wer offen ist, kann mehr erleben“ vom 22. bis zum 28. September 2013 statt. Welche Veranstaltungen wo organisiert werden, zeigt eine Online-Veranstaltungsdatenbank, die auf www.interkulturellewoche.de

zu finden ist. Dort können auch Materialien wie Plakate und Flyer heruntergeladen werden.

++ AUSLÄNDERQUOTE BEI DAIMLER IN TOP-POSITIONEN — Der Daimler Konzern will nun auch eine Ausländerquote für sein konzernweites Nachwuchsprogramm einführen. Schon früh wurde eine Selbstverpflichtung, die Aspirational Guideline 2020, festgelegt. 20 % der leitenden Positionen soll bis 2020 mit Frauen besetzt sein. Personalvorstand Wilfried Porth sagte dazu gegenüber der Zeitung Die Welt: „Bislang ist der Konzern auf Managementebene noch sehr deutsch geprägt.“ Um dem entgegenzuwirken, sollen aus Ländern wie den USA, China oder Indien Fachkräfte für Top-Positionen in Deutschland angeworben werden. Diese sollen die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachwuchsprogramm stellen. Eine generelle Ausländerquote von bereits in Deutschland lebenden Ausländern ist laut Porth aber nicht vorgesehen.

Sonderprogramm "MobiPro-EU": Fördermöglichkeiten (Auszug) für Praktikum und betriebliche Ausbildung

Maßnahme	Förderung
Deutsch-Sprachkurs im Herkunftsland	max. 1.700 €
Anreise zum Bewerbungsgespräch oder Praktikum	bis 500 km: 200 €, mehr: 300 €
Anreise / Rückreise zur betrieblichen Berufsausbildung	jeweils 500 € inkl. Umzugskosten
praktikumsbegleitender Sprachkurs	max. 1.000 €
ausbildungsbegleitender Sprachkurs / Nachhilfe	130 bis 200 € pro Monat (je nach Region)
Lebensunterhalt während Praktikum / Ausbildung	max. 818 € pro Monat

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Revolution Bildung

In ihrer jüngsten Kampagne „Revolution Bildung“ fordert die IG Metall Jugend eine radikale Reform des Bildungssystems. Jugendliche mit Migrationshintergrund würden davon besonders profitieren.



„Gute Bildung ist die Voraussetzung für eine gute Arbeit und eine gute Zukunft. Und damit der Schlüssel für eine starke Demokratie“, erklärt Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall. „Doch leider hat die Politik hier in den letzten Jahren völlig versagt. Sie hat die Bildung der Herrschaft der Märkte unterworfen und hingenommen, dass immer mehr Menschen abgehängt werden. Das wollen wir ändern. Und dazu gehen wir mit unserer neuen Kampagne „Revolution Bildung“ an den Start.“ In ihrem „Bildungsmanifest“ fordert die IG Metall Jugend einen kosten- und barrierefreien Zugang zu Bildung, mit mehr Durchlässig-

keit von der Schule über den Beruf bis hin zum Masterstudium.

Zugang zu Bildung muss kosten- und barrierefrei sein

Jugendliche mit Migrationshintergrund würden davon besonders profitieren. Der Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiB) zeigt, dass aktuell lediglich 46 Prozent, also weniger als die Hälfte aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung bewerben, diese auch tatsächlich erhalten.

Bei Bewerberinnen und Bewerbern ohne Migrationshintergrund

liegt diese Quote dagegen bei 61 Prozent (→ Tabelle).

Diese Missverhältnisse sind nicht von heute auf morgen zu ändern. Die Kampagne „Revolution Bildung“, die im März 2013 gestartet wurde, läuft daher – gefördert vom Vorstand der IG Metall – bis 2015. „Darüber hinaus benötigt sie aber auch aktive Unterstützung in den Betrieben“, sagt Petra Wlecklik vom IG Metall Ressort Migration & Integration. „Etwa durch Betriebsräte, die Chancengleichheit unter dem Aspekt von Vielfalt thematisieren wollen.“

Die erste heiße Phase der Kampagne endet nach der Bundestagswahl. Bis zum 30. September 2013 werden nicht zuletzt in Jugend- und Betriebsversammlungen Unterschriften für das Bildungsmanifest gesammelt, das der zukünftigen Bundesregierung dann pünktlich zu den Koalitionsverhandlungen überreicht werden soll.

Bis Jahresende ist dann eine Bestandsaufnahme zur Aus- und Weiterbildung in den Betrieben geplant. „Diese Aktion ist eine gute Gelegenheit, die strukturelle Diskriminierung im Bildungsbereich zum Thema zu machen“, sagt Wlecklik. „Die gefühlte Lage reicht dafür nicht aus. Was zählt, sind Daten und Fakten.“ ■

Herkunft prägt Zukunft: Berufseinstieg mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich

Verbleib der Bewerber/-innen ^{1,2} (%)	Migrationshintergrund	
	mit	ohne
betriebliche Ausbildung in BBiG / HwO-Beruf ³	30	46
außerbetriebliche Ausb. in BBiG / HwO-Beruf	8	7
schulische / sonstige Berufsausbildung	6	6
Studium	2	2
sonstige, nicht voll qualif. Berufsausbildung	32	24
Erwerbstätigkeit / Jobben	9	6
Arbeitslosigkeit	11	7
Sonstiges	2	2
Gesamt	100	100

Quelle: BiB, 1 = Bewerber/-innen, die sich im Berichtszeitraum 2011 / 2012 auf einen Ausbildungsplatz bewarben; 2 = Zeitpunkt der Befragung: Ende 2012 / Anfang 2013; 3 = Berufsbildungsgesetz / Handwerksordnung

Berlin braucht dich!

Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel zum persönlichen und unternehmerischen Erfolg. Die Metall- und Elektroindustrie beteiligt sich daher in Berlin an einer Initiative, die Betrieben hilft, ihre Ausbildung aktiv für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu öffnen.

Der Verband der Metall- und Elektroindustrie (VME) und die IG Metall sind sich einig: Attraktive Berufsausbildung und gute Facharbeit sind der Schlüssel für die Zukunft des Industriestandorts Berlin. Deshalb haben VME und IG Metall am 12. Juni 2013 mit dem Berliner Senat vereinbart, dass sich die Metall- und Elektroindustrie an der erfolgreichen Initiative „Berlin braucht dich!“ beteiligt. Die Initiative hilft Betrieben, ihre Ausbildung aktiv für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu öffnen. Sie ist seit vielen Jahren ein Markenzeichen in Berlin und in der Berliner Verwaltung und landeseigenen Betrieben bereits erfolgreich gelebte Praxis.

Vierstufige Vorbereitung: Schule trifft Arbeitswelt

„Fachkräftesicherung und Integration gehen eine fruchtbare Verbindung ein“, freut sich Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. „In Berlin haben 40 Prozent der unter Sechzehnjährigen einen Migrationshintergrund. Es ist nicht zu verantworten, dass so viele Fähigkeiten und Talente brachliegen.“

„Die Öffnung der anspruchsvollen Berufsausbildungen in der Metall- und Elektrobranche für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist eine gute Chance für beide Seiten“,

Kontakt

Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin (BQN), Tel: 030 / 275 908 70
E-Mail: info@berlin-braucht-dich.de
Infos: www.berlin-braucht-dich.de



ergänzt Arno Hager, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin. Er begrüßt, dass die Initiative die Berufsorientierung nicht länger den einzelnen Betrieben überlässt, sondern diese als gemeinsame Sache von vielen Schulen und Betrieben definiert. Hager: „Das erhöht die Wirkung und spart Ressourcen.“

Seit 2006 versucht die Initiative, Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund dafür zu gewinnen, eine betriebliche Berufsausbildung im Öffentlichen Dienst und bei den Betrieben mit Landesbeteiligung für sich in Betracht zu ziehen. Bisher haben sich 45 Betriebe und 32 Schulen beteiligt. Nun kommen die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie hinzu.

Durch ein vierstufiges System von Betriebsbegegnungen werden die Schüler ab der 7. und bis zur 10. Klasse an die Arbeitswelt heran-

geführt. Es finden u. a. Betriebsbesichtigungen, Schnupperpraktika und dreiwöchige Betriebspraktika statt, in denen die Jugendlichen genau auf die spezifischen Berufsfelder eines Betriebs vorbereitet werden. Wesentlich für den Erfolg ist, dass sie sich dabei willkommen fühlen.

Warum sich das Mitmachen für Metall- und Elektro-Betriebe lohnt

- Viel mehr Jugendliche als bisher erfahren, worum es bei Ausbildung und Facharbeit in der Metall- und Elektroindustrie geht und welche beruflichen Perspektiven sich eröffnen.
- Mehr Jugendliche als bisher werden sich eine Berufsausbildung in den Berufsfeldern Metall und Elektro als eine realistische Option für ihr weiteres Leben vorstellen. Damit erweitert sich der Kreis derjenigen, die als Nachwuchs für die Betriebe infrage kommen.
- Die Gruppe der Auszubildenden wird heterogener. „Berlin braucht dich!“ hilft dabei, sich auf die neuen Realitäten einzustellen.
- Die Zusammenarbeit mit den Schulen verbessert sich weiter. Das nützt dem gegenseitigen Verständnis, verbessert die Qualität von Berufsorientierung in Schule und Praktika und führt dazu, dass Jugendliche eine solide Grundlage für ihre Berufswahl erhalten.
- Die kompetente Begleitung sorgt dafür, dass das Zusammenspiel zwischen Betrieben, Schulen und den Jugendlichen so reibungslos wie möglich verläuft. ■

MELDUNGEN

++ WEITERBILDUNGSBETEILIGUNG — Durch ständig neue Anforderungen am Arbeitsplatz ist lebenslanges Lernen ein wichtiger Punkt zur Arbeitsplatzsicherung geworden. Doch welche Zugangsmöglichkeiten zur Weiterbildung gibt es? Forscherinnen und Forscher im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung überprüften bestehende Untersuchungen zu diesem Thema. Danach zeigt sich, dass schulische und berufliche Abschlüsse und die Erwerbstätigkeit die Weiterbildungsteilnahme entscheidend beeinflussen. Außerdem prägen die berufliche Stellung, die Art des Beschäftigungsverhältnisses und betriebliche Faktoren die Weiterbildungsaktivitäten. Faktoren wie Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund seien nur mittelbar bedeutsam, so die Forscherinnen und Forscher. Allerdings bestehe für konkrete Aussagen weiterer Forschungsbedarf, etwa um der Vielfältigkeit der Personen mit Migrationshintergrund Rechnung zu tragen. Mehr Infos unter: www.library.fes.de/pdf-files/wiso/09852.pdf

++ HÖHERE QUALIFIKATION — Nach einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung haben Neuzuwanderer und -zuwanderinnen ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau als die deutsche Bevölkerung. 43 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer zwischen 15 und 65 Jahren haben demnach einen Meister oder einen Hochschul- bzw. Technikerabschluss. Zum Vergleich: Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil lediglich bei 26 Prozent. Entgegen dem gängigen Bild in Deutschland hat sich demnach die Zusammensetzung und Qualifikation von Einwanderern und Einwanderinnen in den vergangenen zehn Jahren radikal verändert. Mehr Infos unter: www.bertelsmann-stiftung.de

++ INTERNETRATGEBER PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG — Der DGB hat einen Internetratgeber für prekär Beschäftigte entwickelt. Der Ratgeber richtet sich an Betroffene und bietet Informationen für befristet Beschäftigte, Minijobber, Honorarkräfte, Leiharbeitnehmende, Ein-Euro-Jobber, Praktikanten und Teilzeitbeschäftigte. Mehr Infos unter: www.ratgeber-ungesicherte-jobs.dgb.de

DEINE MEINUNG ZÄHLT

Schreib uns, was du zu sagen hast! Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** per E-Mail: igm-migration@igmetall.de oder mit der Post an: IG Metall Vorstand
FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung
Ressort Migration/Integration
Wilhelm-Leuschner-Str. 79 • 60329 Frankfurt am Main

MITGLIED WERDEN – SO GEHT’S

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören. Informationen im Internet: www.igmetall.de
per Telefon: 069/6693-2578
per E-Mail: mitglieder@igmetall.de

Mitgliedsnummer

--	--	--	--

(wird von der IG Metall eingetragen)

Beitrittserklärung

***Name** ***Geschlecht** M=männlich W=weiblich

***Vorname** ***Geburtsdatum**

***Land** ***PLZ** ***Wohnort**

***Straße** ***Hausnr.**

Telefon (dienstlich privat)

E-Mail (dienstlich privat) ***Staatsangehörigkeit**

beschäftigt im Betrieb/PLZ/Ort

Beruf/Tätigkeit/Studium/Ausbildung (Beginn und Ende bitte unten eintragen) Vollzeit* Teilzeit*

Ausbildung ****Falls berufsbegleitendes Studium bzw. Leiharbeit/Werkvertrag: Wie heißt der Einsatzbetrieb?**

berufsagl. Studium**

befristet beschäftigt

Leiharbeit/Werkvertrag** ab bis

geworben durch (Name, Vorname) Mitglieds-Nummer Werber/in

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, personenbezogene Angaben durch die IG Metall und ihre gewerkschaftlichen Vertrauensleute erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Anpassung des Beitrags an die Einkommensentwicklung erfolgt u. a. durch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Bankverbindung

***Bank/Zweigstelle**

***Bruttoeinkommen** ***BLZ**

Beitrag ***Konto-Nr.**

***Kontoinhaber/in**

***Ort/Datum/Unterschrift**

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main
Weitere Informationen unter www.igmetall.de/beitreten

*Pflichtfelder, bitte ausfüllen

Stand: Mai 2011

MELDUNGEN

**++ ÜBERSICHT ZU AGG-URTEILEN —**

Ob altersunabhängiger Urlaubsanspruch oder die Ablehnung einer Bewerberin mit Kopftuch: 2012 wurden verschiedene Urteile zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gefällt. Vorrangig beschäftigten sich die Gerichte mit Fällen von Altersdiskriminierung. Dazu kamen Fälle von Diskriminierungen wegen des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Identität oder der Religion. Eine Übersicht findet sich auf www.antidiskriminierungsstelle.de

++ FACHKRÄFTEZUWANDERUNG —

Fachkräfte aus Staaten außerhalb der EU („Drittstaaten“) können seit Juli 2013 leichter nach Deutschland einreisen. Bislang durften aus Drittstaaten nur Akademiker die Blaue Karte der EU beantragen. Nach der neuen Verordnung können nun auch Fachkräfte mit Berufsabschluss in Deutschland arbeiten. Dazu muss zunächst der Ausbildungsabschluss auf Gleichwertigkeit geprüft werden. Zudem muss ein Bedarf am Arbeitsmarkt bestehen. Dieser wird von der Bundesagentur für Arbeit auf Basis der Arbeitsmarktstatistik festgelegt. (*Verordnung über die Zulassung von neu einreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung [BeschV]*)

++ EU-ASYLRECHT — Die Vertreter der EU-Institutionen haben sich auf ein Gesetzespaket zum Aufbau eines gemeinsamen Asylpakets geeinigt. Damit sollen in allen EU-Staaten die gleichen Bedingungen für Asylsuchende gelten, bei Sicherheit, Versorgung und den Asylverfahren. Allerdings bleibt nach wie vor der EU-Staat für das Asylverfahren zuständig, in dem der Bewerber zuerst ankommt. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass damit die

Asylpolitik weiterhin je nach Land unterschiedlich geregelt werde.

++ KEIN ANSPRUCH AUF AUSKUNFT —

Ein Arbeitgeber muss einem Stellenbewerber keine Auskunft über die Gründe einer Ablehnung geben. Eine in Russland geborene Frau hatte sich erfolglos als Softwareentwicklerin beworben. Sie vermutete wegen ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihres Alters diskriminiert worden zu sein und verlangte eine Auskunft darüber, welche Kriterien für die Ablehnung entscheidend waren. Das Bundesarbeitsgericht urteilte jedoch, dass sie keinen Anspruch auf Auskunft habe. Die Klägerin konnte eine Benachteiligung gemäß des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes nicht ausreichend belegen. (*Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 25. April 2013, 8 AZR 287/08*)

++ ZWANG ZUM DEUTSCHLERNEN —

Empfängerinnen und Empfänger von Hartz-IV-Leistungen können zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet werden, wenn sie aus Sicht des Amtes nicht ausreichend Deutsch sprechen. Eine türkische Frau mit vier Kindern war vom Jobcenter aufgefordert worden, dreimal wöchentlich an einem Integrationskurs teilzunehmen. Als sie den Kurs nicht besuchte, kürzte das Amt ihr die Leistungen. Das Sozialgericht hielt in seiner Entscheidung fest, dass die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Eingliederung in Arbeit sei. Die Kürzung sei deswegen zu Recht erfolgt. (*Sozialgericht Wiesbaden, Urteil vom 13. Mai 2013 – S 12 AS 484/10*)

++ ALTERSGRENZEN WIRKSAM —

In Betriebsvereinbarungen kann das Ausscheiden aus dem Unternehmen und der Eintritt in die Rente mit 65 Jahren geregelt werden. Dagegen hatte ein Beschäftigter mit unbefristetem Arbeitsvertrag geklagt. Das Bundesarbeitsgericht urteilte, dass die Altersgrenze zulässig ist, sofern der Beschäftigte anschließend die Regelaltersrente beziehen kann. (*Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 05. März 2013 – 1 AZR 417/12*)

++ SPRACHE NICHT FESTLEGEN —

Eine verpflichtende Sprachregelung für Arbeitsverträge verstößt gegen das Unionsrecht, so ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. In dem Fall ging es um eine Regelung in Belgien, nach der alle Arbeitsverträge von Unternehmen mit Sitz in Flandern auf Niederländisch gehalten sein müssen. Nach Einschätzung des Gerichts verstößt diese Regelung gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, da sie eine abschreckende Wirkung auf Menschen ohne entsprechende Sprachkenntnisse haben könne. (*Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 16.04.2013, C-202/11*)

++ BLEIBERECHT — Im Juli 2011 wurde eine Bleiberechtsregelung für „gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende“ geschaffen. Danach können bisher geduldete Jugendliche, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das Bundesverwaltungsgericht stellte dazu nun klar, dass in der Regel dafür zwar die Identität des ausländischen Staatsangehörigen geklärt sein müsse, die Ausländerbehörde im Rahmen einer Ermessensentscheidung von dieser Klärung aber absehen könne. (*Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 14. Mai 2013, AZ 1 C 17.12*)

Vom Bürger zum Bettler



© laurine45 - fotolia.com

Die Migrationsströme in Europa ordnen sich neu. In Deutschland haben vor allem Zuwanderer aus dem Balkan schlechte Karten. Ihnen werden hier systematisch grundlegende Rechte verwehrt. Zudem wird auf ihrem Rücken ein demagogischer Wahlkampf geführt.

Im Juli 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 9.516 Asylanträge gestellt. Das waren mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die meisten Menschen kamen aus der Russischen Föderation, Syrien und Serbien nach Deutschland. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nannte diese Entwicklung in der Augsburger Allgemeine „alarmierend“. Die wachsende Zuwanderung aus dem Balkanstaat Serbien erklärte er damit, dass „die seit 2009 geltende Visafreiheit hier schamlos ausgenutzt wird“.

Die Balkanstaaten Bulgarien und Rumänien gehören bereits zur EU. Auch von hier reisen die Menschen ohne Visa nach Deutschland ein. Und auch ihnen hat Friedrich bereits gedroht. „Freizügigkeit gibt nicht das Recht auf Zuwanderung unmittelbar in die Sozialsysteme“, sagte er im März 2013 in einem Interview mit

dem Bayernkurier. „Wer nur nach Deutschland kommt, um hier Sozialhilfe zu kassieren, muss zurückgeschickt werden.“

Die Migrationsströme ordnen sich durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise radikal neu. Bis zu ihrem Ausbruch nahmen Spanien und Italien rund 80 Prozent der Zuwanderung aus Bulgarien und



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich

Foto: BMI

Rumänien auf. Menschen aus anderen osteuropäischen EU-Ländern zog es bevorzugt nach Großbritannien und Irland. Das hat sich geändert. „Neue Untersuchungen zeigen, dass 70 Prozent des Anstiegs der Zuwanderung nach Deutschland in den Jahren 2007 bis 2012 auf die Tatsache zurückgeht, dass sich die wirtschaftliche Lage in anderen Zieländern verschlechtert hat“, sagt Prof. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nur rund zehn Prozent des Anstiegs ließen sich mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit erklären.

Bundesregierung räumt ein: Belastbare Belege gibt es nicht

„Viele Einwanderer würden also weiterhin gerne in Spanien oder Großbritannien leben. Die schlechte Arbeitsmarktlage hingegen schreckt sie ab.“ Zum Jahreswechsel 2012/13 lebten in Deutschland 205.000 rumänische und 119.000 bulgarische Staatsangehörige. Das waren 29,0 bzw. 26,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Im Bundestagswahlkampf wird argumentativ mit harten Bandagen gekämpft. Das gilt auch beim Thema „Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU“, die ab 2014 auch für Rumänien und Bulgarien gelten soll. Friedrich aber hetzt gegen Minderheiten, die sich nicht per Stimmzettel wehren können. Und er täuscht falsche Tatsachen vor.

Als Minister flüstert er der Öffentlichkeit ein, dass bald Massen aus dem Balkan, darunter Roma und Sinti, nach Deutschland strömen, um sich hier auf die faule Haut zu legen und dafür Hartz IV zu kassieren. Belastbare Belege dafür nennt er nicht.

Wie auch? Es gibt sie nicht. Das räumte die Bundesregierung auf Anfrage der Fraktion „Die Linke“ ein.

Demnach ist die Arbeitslosigkeit unter Bulgaren und Rumänen mit 9,6 Prozent deutlich niedriger als unter allen Ausländern (16,4 Prozent). Mehr als die Hälfte dieser Migranten zieht es aufgrund der guten Arbeitsmöglichkeiten nach Baden-Württemberg und Bayern, also dorthin, wo CSU-Mann Friedrich seinen Wahlkreis hat.

„Der Sozialstaat entzieht sich seiner Verantwortung.“

Etwa die Hälfte aller Rumänen und Bulgaren arbeiteten im Jahr 2011 laut Bundesregierung als Saisonarbeiter, die nach dem Ende ihrer Tätigkeit im Regelfall in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Wie dringend sie als Arbeitskräfte gebraucht werden, zeigt die Tatsache, dass sie seit 2012 für eine bis zu sechsmonatige Beschäftigung keine Arbeitslaubnis mehr benötigen.

Auf diese Menschen zielt Friedrich nicht. Er stachelt gegen jene

Migranten auf, die nach Deutschland kommen und hier keine Arbeit finden. „Diese Menschen erhalten weder Hartz IV noch eine Krankenversicherung und haben daher manchmal keine andere Möglichkeit, als ihre Existenz durch Betteln oder auch Prostitution zu sichern“, schildert Claudius Voigt von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) seine Erfahrungen. „Der Sozialstaat entzieht sich in diesem Fall vollständig seiner verfassungsrechtlich vorgegebenen Verantwortung.“

Voigt steht mit dieser Sichtweise nicht allein da. Im Juli 2012 kanzelte das Bundesverfassungsgericht das geltende Asylbewerberleistungsgesetz als verfassungswidrig ab, da es das Recht auf den Bezug eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht gewährleistete. „Art. 1 Abs. 1 GG begründet diesen Anspruch (...) als Menschenrecht. (...)“, stellten die Richter fest. „Das Grundrecht steht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik



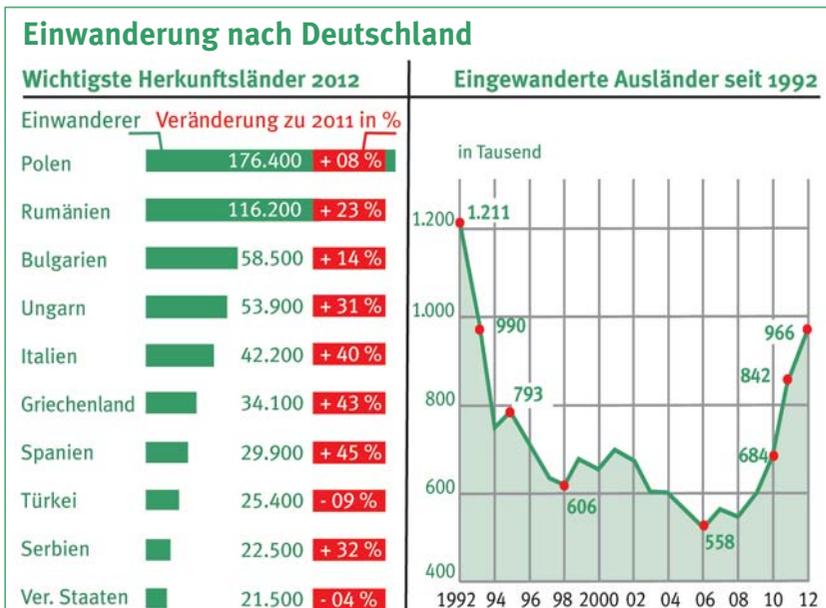
Claudius Voigt, Rechtsexperte der GGUA in Münster

Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu (...) Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Auch die EU-Verordnung VO 883 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit folgt dieser Maßgabe. Sie trat 2010 in Kraft und schreibt vor, dass EU-Bürgern unabhängig von ihrem Wohnort und ihrer Erwerbssituation ein Existenzminimum von staatlicher Seite gewährt werden muss.

Die Bundesregierung stört das alles nicht. Statt nationales an EU-Recht anzupassen, rührte sie das Sozialgesetzbuch (SGB) II bislang nicht an. In § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 heißt es hier zum Bezug von existenzsichernden Leistungen: „Ausgenommen sind (...) Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, und ihre Familienangehörigen (...)“. Mehrere Landessozialgesetze haben inzwischen darauf hingewiesen, dass dieser Passus nicht mit EU-Recht vereinbar sei.

Friedrich weiß das. Dennoch hetzt er weiter. Damit muss Schluss sein. Demagogen dürfen in der nächsten Bundesregierung keinen Platz mehr haben. ■



Einwanderung 2012 insgesamt: 1,081 Millionen, davon 0,966 Mio. Ausländer und 0,115 Mio. Spätaussiedler und zurückkehrende Deutsche. – Quelle: Statistisches Bundesamt



Foto: Henning Kaiser, picture alliance / dpa

Klare Ansagen

In einer Einheitsgewerkschaft wie der IG Metall dürfen verschiedene politische Meinungen und Positionen vertreten sein. Das gilt auch für die aktuellen Entwicklungen in der Türkei. Die demokratischen Grundrechte aber sind nicht verhandelbar.

Diese Grenze zog Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, am 22. Juni 2013 in Köln vor rund 40.000 Menschen. Zu der zentralen Protestveranstaltung gegen die Politik der türkischen Regierung hatte die alevitische Gemeinde aufgerufen. Benner betonte, dass die Politik ihr Handeln nicht allein wirtschaftlichen Interessen unterordnen dürfe. Über die Hälfte der Bevölkerung in der Türkei leben von weniger als 300 Euro Mindestlohn. Zudem werden die Gewerkschaften systema-

tisch schikaniert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind faktisch rechtlos.

Gleichzeitig sprach sich Benner für einen EU-Beitritt der Türkei aus. Die Proteste sind ein Zeichen für eine lebendige Zivilgesellschaft, heißt es in einer Solidaritätserklärung. Der EU-Beitrittsprozess kann diese Entwicklung fördern. Universelle Grund- und Menschenrechte, wie die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Möglichkeit, sich in einer Gewerkschaft

zu organisieren, sind die Grundlagen für das Engagement der IG Metall, bekräftigten die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am 2. Juli 2013 in ihrer Erklärung. Alles andere würde bedeuten, den demokratischen Kräften in der Türkei in den Rücken zu fallen. ■

Mehr Infos:

www.igmetall.de/ig-metall-verurteilt-gewalt-gegen-friedlich-demonstrierende-12038.htm

www.industriall-europe.eu